

**Beitrag des BMBF**  
**zum Fragenkatalog für die öffentliche Anhörung**  
**"Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft"**  
**am 28. Mai 2001**

1. Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten und den Stand von Wissens- und Technologietransfer über IuK?

In einer wissens- und technologiebasierten Volkswirtschaft wie der deutschen kommt der Interaktion von Unternehmen und Wissenschaft eine besondere Bedeutung zu. Der Zugang zu neuem Wissen und neuen Technologien ist eine entscheidende Voraussetzung, um im Innovationswettbewerb bestehen zu können. Die deutsche Industrie hat im Laufe des vergangenen Jahrzehnts zunehmend die Vorteile und Erfolge einer engen Zusammenarbeit mit der Wissenschaft schätzen gelernt. Nicht nur Hochtechnologiesektoren, auch weniger FuE-intensive Branchen vergeben heute in nennenswertem Umfang Aufträge an die Wissenschaft. Die Forschungsaufträge an unsere Hochschulen haben sich beispielsweise in den letzten zehn Jahren auf inzwischen 800 Mio. DM verdoppelt. Mit dem erheblich gestiegenen Patentaufkommen aus der deutschen Wissenschaftslandschaft drückt sich eine zunehmende Aufgeschlossenheit der Wissenschaftler für die wirtschaftliche Umsetzung aus. An deutschen Forschungseinrichtungen konnten durch diese Patente immer mehr Lizenzerlöse gewonnen werden. Gründungen aus Forschungseinrichtungen und Hochschulen haben im erheblichen Maße zur schnellen Umsetzung und Anwendung von Forschungsergebnissen geführt. Sie stellen neben dem „Technologietransfer über Köpfe“ einen effizienten Weg eines erfolgreichen Wissens- und Technologietransfers dar. Trotz der stärker gewordenen Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft in Deutschland in den letzten Jahren bestehen noch erhebliche Potentiale: Von den ca. 23.000 Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe, die eigene Forschung und Entwicklung betreiben, hatten Mitte bis Ende der 90er Jahre nur etwa 5.000 neue Produkte eingeführt, die ohne Forschungsergebnisse aus Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen nicht möglich gewesen wären. Derzeit kooperieren 10% der innovativen kleinen und mittleren Unternehmen mit Hochschulen, 6% mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Jedoch geben weitere 20-40% der Mittel-

ständler an, an einer Zusammenarbeit mit Wissensseinrichtungen interessiert zu sein.

Mit dem Aktionsprogramm „Wissen schafft Märkte“, das die Bundesregierung im Frühjahr 2001 vorgestellt hat, soll mit einem Bündel gezielter Maßnahmen die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Deutschland gestärkt werden. Dieses Maßnahmenbündel ist gerichtet auf eine Verwertungsoffensive, eine Ausgründungsoffensive, eine Partnerschaftsoffensive und eine Kompetenzoffensive. Ein zentraler Baustein der Verwertungsoffensive ist der Aufbau einer „Internetplattform für Wissenschaft und Technologien“: Das Internet gewinnt als Marktplatz und Kontaktforum für Wissenschaft sowie für Technologieanbieter und –nachfrager zunehmend an Bedeutung. Doch die Internetlandschaft zum Wissens- und Technologietransfer ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Industrieländern noch in der Entwicklung. Vielfältige Angebote existieren unkoordiniert nebeneinander und überlappen sich teilweise. Die „Internetplattform für Wissenschaft und Technologien“ wird zunächst als Forschungsportal des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) auf bestehenden Internet-Angeboten deutscher Forschungsstätten aufbauen und ein Wegweiser durch die deutsche Forschungslandschaft auf der Suche nach Ansprechpartnern zu ausgewählten Wissensgebieten sein. Schließlich soll die Plattform Unternehmen darin unterstützen, anhand von übersichtlich gestalteten Kompetenzprofilen geeignete Partner aus der Wissenschaft ausfindig zu machen.

2. Welche Möglichkeiten der Nutzung von IuK, insbesondere für die Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitswesens und den Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft sehen Sie?

Die Entwicklung und Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien ist eine der prägendsten Entwicklungen unserer Epoche. Keine andere Technologie beeinflusst unser Leben gegenwärtig so gravierend. Dies gilt für das Berufsleben, die Teilnahme am öffentlichen Rechts- und Wirtschaftsleben ebenso wie für weitere Bereiche der Alltags- und Freizeitgestaltung oder die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben. Insofern sind Bildung und Gesundheit zwei Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die durch die Entwicklung und Verbreitung von informations- und Kommunikationstechnologien geprägt und neu struk-

turiert werden, aber auch wichtige Impulse für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zur Informations- und Wissensgesellschaft geben.

In einer wissensbasierten Gesellschaft wie Deutschland ist insbesondere der Bildungsbereich von zentraler Bedeutung für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft. Ihm kommt aus mehreren Gründen eine Schlüssel-funktion zu: Zum einen wird ein professioneller Umgang mit Computer und Internet im Berufsalltag zunehmend gefordert. Bereits heute überprüft jede zweite Firma Computerkenntnisse von Bewerbern im Rahmen von Vorstellungsgesprächen. Experten schätzen, dass in wenigen Jahren Informationsverarbeitung bei ca. 80% der Beschäftigten Kernaufgabe sein wird. Hierauf muss die Schule vorbereiten. Die Vermittlung von Medienkompetenz gehört deshalb in den schulischen Unterricht. Zum anderen bieten die Informations- und Kommunikationstechniken neue Möglichkeiten, abstrakten, schwer zugänglichen Lernstoff anschaulicher, beispielsweise in virtuellen Räumen, darzustellen und neue kooperative Lehr- und Lehrformen zu erproben. Sie können zudem bei sinnvollem Einsatz dazu beitragen, Lernerfolg und Lernmotivation zu steigern. Nicht zuletzt ist Bildung ein Weg, einer digitalen Spaltung der Gesellschaft zu begegnen, indem möglichst vielen Menschen Möglichkeiten eröffnet werden, sich im Umgang mit den neuen Medien zu qualifizieren und zu lernen, diese für ihre Zwecke sinnvoll zu nutzen. Insofern gehört die Integration der neuen Medien in die Bildung zu den bildungspolitischen Schwerpunkten der Bundesregierung. Zentrale Maßnahmen sind im Handlungskonzept „IT in der Bildung – Anschluss statt Ausschluss“ dargestellt, für das das BMBF im Zeitraum 2000 bis 2004 etwa 1,4 Mrd. DM zur Verfügung stellt. Hierzu gehören:

- Das Programm „Neue Medien in der Bildung“, das die Entwicklung didaktisch hochwertiger Lehr- und Lernsoftware für Schule, berufliche Bildung und Hochschule.
- Maßnahmen, mit denen Initiativen der Länder und der Wirtschaft zur Computerausstattung und Internetanbindung von Bildungseinrichtungen flankiert werden, wie die Computerbörse „Marktplatz für Schulen“, die Initiative [KI@sse](#), die Aussteller auf der CeBIT 2001 zum Sponsern präsentierter Hardware aufrief, das Sonderprogramm ZIBS (Zukunftsinitiative für berufliche Schulen), Demonstrationsprojekte zur Funkvernetzung von Hochschulen, die

Hochschulbauförderung, die Projekte zur multimedialen Modernisierung der Hochschulen unterstützt.

- Projekte zur Steigerung des Angebotes qualifizierter Fachkräfte im Bereich Informations- und Kommunikationstechnik, wie der Aufbau eines praxisnahen und einheitlichen IT-Weiterbildungssystems, Greencard, das Sonderprogramm zur Weiterentwicklung des Informatikstudiums.
- Maßnahmen, die auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der Informationsgesellschaft zielen (siehe Frage 4).
- Maßnahmen, die dazu beitragen, möglichst vielen Menschen an öffentlichen Orten Zugang zu Computer und Internet zu gewähren, wie die Errichtung von Medienzentren in öffentlichen Büchereien.
- Maßnahmen, mit denen der Zugang zu Fachinformationen gewährleistet wird, wie der Aufbau einer internetbasierten „Digitalen Bibliothek“ sowie der elektronische Dokumentenlieferdienst SUBITO.

Das BMBF leistet mit diesem Maßnahmenbündel einen Beitrag zur Umsetzung der bildungspolitischen Ziele des Aktionsprogramms der Bundesregierung zu „Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“.

Im Gesundheitswesen und in der medizinischen Forschung haben die Entwicklungen im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologien in den letzten Jahren ebenfalls erhebliche Veränderungen bewirkt. Ihr zunehmender Einsatz eröffnet Chancen für verbesserte Kommunikationswege, mehr Service für Bürger und Patienten, eine verbesserte Aus- und Weiterbildung von Ärzten und Pflegepersonal, Verbesserung lebensrettender oder –erhaltender Maßnahmen sowie für die Sicherung der Qualität medizinischer Leistungen. Die Bundesregierung hat deshalb die verstärkte Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen im Aktionsprogramm „Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“ als ein Handlungsfeld herausgestellt. Zentrale Projekte des BMBF sind:

- Im Jahr 1999 wurde die **Telematikplattform für Medizinische Forschungsnetze (TMF)** gegründet, die eine Koordinierungs-, Entscheidungs- und Transferplattform zur Unterstützung von Telematikentwicklungen in der Gesundheits-

forschung darstellt. Trotz Qualitäts- und Effizienzsteigerung in Forschung und medizinischer Versorgung ist die praktische Umsetzung telematischer Lösungen in der Breite noch nicht erfolgt. Die Ursachen liegen in teilweise ungünstigen technischen, ökonomischen, organisatorischen, rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen, zu deren Verbesserung die Telematikplattform für Medizinische Forschungsnetze beitragen will.

- Das Leitprojekt MedicDat (Interface for Medical Documents, Scientific Abstracts and Text Books), das bis zum Jahr 2004 vom BMBF unterstützt wird, will eine technisch und inhaltlich umfassende Integrationsplattform des elektronisch verfügbaren Wissens in der Medizin aufbauen. Die Nutzung dieser Wissensbasis soll unabhängig von Fachrichtungen, Krankenhäusern, Arztpraxen möglich sein und auch von der Notfallmedizin vor Ort eingesetzt werden können. Für die Realisierung des letztgenannten Ziels wurde mit Unterstützung des BMBF Anfang 2000 der erste medizinische WAP-Server (Wireless Application Protocol) eingerichtet, der eine medizinische Notfallhilfe per WAP-Handy ermöglicht. Ein Zugriff über WAP-Handy auf die sogenannte Rote Liste, eines der wichtigsten Arzneimittelverzeichnisse in Deutschland, unterstützt in Notsituation die vielfach lebensrettende Erstversorgung von Patienten.
- Im Rahmen des Förderschwerpunkte „Virtuelle und Erweiterte Realität“ unterstützt das BMBF verschiedene Verbundprojekte, die verbesserte Ausbildungs- und Trainingsmöglichkeiten des medizinischen Personals sowie in ausgewählten Bereich verbesserte Diagnoseverfahren durch Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechniken unterstützten, wie beispielsweise das Verbundprojekt HapticIO, bei dem Grundlagen und Technologien für einen „Virtual-Reality“-Trainer für die Minimal-Invasive Chirurgie entwickelt und verifiziert werden, oder das Verbundvorhaben VOR „Virtual-Reality“-Trainingsimulator für die Orthopädie, das das Trainieren der klinischen Funktionsprüfung am Beispiel des Knies unterstützt und gleichzeitig einen Einblick in das Knieinnere ermöglicht.
- Das Pilotprojekt zur Einführung von Benchmarkingmethoden im Gesundheitswesen nutzt Informations- und Kommunikationstechnologien für ein Qualitäts- und Kostenmanagement in Krankenhäusern. Laut der Weltgesund-

heitsorganisation WHO hat Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern fast das teuerste Gesundheitswesen, aber nur eine durchschnittliche Qualität. Das Projekt zielt auf eine Verbesserung der Organisation des Rechnungs- und Zahlungswesens, des Beschwerdemanagements, der Einsatz- und Tourenplanung.

3. Wie beurteilen Sie insbesondere das Problem des brain drain und der Arbeitsverlagerungen sowie Maßnahmen wie greencard?

Die Sicherung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Technologiestandortes Deutschland erfordert Rahmenbedingungen zu schaffen, die deutsche Nachwuchswissenschaftler veranlassen, im Land zu bleiben, und zunehmend auch Spitzenwissenschaftler aus dem Ausland an einer Tätigkeit in Deutschland interessieren.

Um nähere Informationen über Umfang und Qualifikationsstruktur abgewandelter Wissenschaftlern aus Deutschland zu erhalten, hat das BMBF das deutsch-amerikanische Center for Research on Innovation and Society CRIS mit der Durchführung einer Studie (sogenanntes Project Talent) beauftragt, die insbesondere Abwanderungsbewegungen in die USA untersuchen sollte. Im Ergebnis der Untersuchung kann festgehalten werden, dass Deutschland zu den wichtigen Entsendeländern des akademischen Nachwuchses in den USA gehört:

- Bei postdocs steht Deutschland an dritter und bei Professoren an amerikanischen Hochschulen an fünfter Stelle.
- 12 – 14 % aller in Deutschland promovierten Nachwuchswissenschaftler wandern in die USA ab, das sind 5.000 – 6.000 von insgesamt 36 000 promovierten deutschen Nachwuchswissenschaftlern. Unter den europäischen Entsendeländern nimmt Deutschland damit eine Spitzenstellung ein.
- Gut die Hälfte der 'German Scholars' in den USA sind im biomedizinischen Bereich tätig. Zu einer möglichen Abwanderung von deutschen IT-Wissenschaftlern ergab die Untersuchung keinen besonderen Befund, dies war auch nicht spezieller Untersuchungsauftrag. Anhand der vorliegenden Untersuchungsergebnisse kann aber festgehalten werden, dass unter den

deutschen postdocs, die in die USA abwandern, nicht viele Wissenschaftler aus IT-relevanten Gebieten sind.

- Etwa ein Viertel bis ein Drittel der deutschen postdocs bleibt längerfristig in den USA, wenn auch nicht für immer. Über dem Durchschnitt liegt die Zahl bei den Natur- und speziell bei den Biowissenschaften sowie der Physik. Erfreulicher ist die Rückkehrquote bei der Medizin.
- Nach Statistiken der wichtigsten deutschen Förderinstitutionen lässt sich die Zahl der von Deutschland aus geförderten postdocs in den USA für das Jahr 1999 auf circa 1.000 Personen beziffern. Wie die 'German Scholars' insgesamt so kommen auch die deutschen Stipendiaten in den USA vorwiegend aus den Naturwissenschaften (55%) und der Medizin (33%).

Diese Ergebnisse haben die Bundesregierung bewogen, „brain gain“ – die Gewinnung von Spitzenwissenschaftler – zu einem Schwerpunktthema der Bildungs- und Forschungspolitik zu machen. Das BMBF stellt in den nächsten drei Jahren 170 Mio. DM zur Verfügung, mit denen Wissenschaftlern und Studierenden attraktive Bleibeangebote in Deutschland unterbreitet werden sollen. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, formulierte hierzu: „Die Bundesregierung will die ‚besten Köpfe für unser Land‘ anwerben. Es muss Schluss sein mit dem ‚brain drain‘ aus Deutschland. Wir wollen stattdessen einen ‚brain gain‘ in Gang setzen. Unser Ziel ist es, mehr ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und ausländische Studierende anzuwerben. Zugleich wollen wir deutschen Nachwuchswissenschaftlern, die zur Zeit im Ausland arbeiten die besten Chancen für eine Rückkehr bieten.“

Auch die Greencard ist ein Instrument, um in Deutschland im Bereich Informations- und Kommunikationstechnik dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben. Mit dem Erlass der beiden Verordnungen über die Arbeitsgenehmigung und die Aufenthaltserlaubnis für hochqualifizierte ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT-ArGV und IT-AV), die am 1. August 2000 in Kraft getreten sind, hat die Bundesregierung die Beschäftigung von bis zu 20.000 ausländischen IT-Fachkräften für bis zu fünf Jahren ermöglicht. Damit wurde der unter dem Stichwort "Greencard" bekannt gewordene Teil des „Sofortprogramms der Bundesregierung zur Deckung des IT-Fachkräftebedarfs in Deutschland“ umgesetzt, durch den die par-

allel eingeleiteten, längerfristig wirkenden Maßnahmen zur Stärkung des inländischen Fachkräftepotentials flankiert werden.

Mit Stand vom 11.05.2001 gab es 7.222 Zusicherungen einer Arbeitserlaubnis. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen nutzen die Greencard-Regelung (60% an Firmen mit weniger als 100 Mitarbeitern). Das Münchner Marktforschungsinstitut Wimmex AG hat im Auftrag des Wirtschaftsmagazins „impulse“ und des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW) eine bundesweite Erhebung zu den Erfahrungen mit der Greencard durchgeführt, deren Ergebnisse im März 2001 veröffentlicht wurden. 420 Unternehmen, die Greencard-Inhaber beschäftigen, und 480 Greencard-Inhaber wurden befragt. Wichtige Ergebnisse sind:

- Im Umfeld jedes Greencard-Inhabers wurden im Durchschnitt weitere 2,5 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.
- 69% der Unternehmen haben neben den Greencard-Inhabern zusätzliche Mitarbeiter eingestellt. 95% der Unternehmen planen, die Zahl ihrer Beschäftigten bis Ende 2001 aufzustocken.
- Vier von fünf Unternehmen (82%) sagen, ihre Wettbewerbsfähigkeit habe sich durch die Greencard-Mitarbeiter verbessert. Fast jedes zweite Unternehmen (45%) hat vor Inkrafttreten der Greencard-Regelungen Aufträge aus Personalmangel ablehnen müssen. Jedes fünfte Unternehmen (18%) hat darauf verzichtet, Unternehmensteile ins Ausland zu verlagern.
- Vor der Greencard-Initiative haben die Unternehmen im Durchschnitt fünf Monate gebraucht, um eine IT-Fachkraft zu finden, nunmehr sind es durchschnittlich 6 Wochen.
- Über drei Viertel der Greencard-Inhaber (77%) gibt an, dass es bei den Formalitäten keinerlei Hindernisse gegeben habe.
- Der Kontakt zum Arbeitgeber ist in jedem zweiten Fall durch gegenseitiges Ansprechen (52%) zustande gekommen. Jede dritte Einstellung (30%) wurde über das Internet vorbereitet (10% über die Jobbörse der Bundesanstalt für Arbeit, 20% über andere Jobbörsen).
- Vier von fünf Greencard-Inhabern (82%) können sich einen Verbleib in Deutschland über die fünf Jahre hinaus vorstellen.

- Die Greencard-Inhaber bewerten ihr soziales Umfeld positiv: Das Verhältnis zu Kollegen und Vorgesetzten wird als gut bis sehr gut beschrieben. Die Erfahrungen mit Nachbarn bzw. außerhalb der Arbeit sind ebenfalls gut.

Die Greencard-Initiative der Bundesregierung wird von den befragten Unternehmen sowie den Greencard-Inhabern selbst insgesamt positiv bewertet. Insbesondere die Erwartungen der Bundesregierung zur Schaffung zusätzlicher Jobs für Inländer haben sich bestätigt. Letztendlich hat die Greencard auch dazu beigetragen, dass ein beachtlicher Teil von beabsichtigten Unternehmensteilverlagerungen und damit auch Arbeitsverlagerungen ins Ausland nicht erfolgte.

4. Wie beurteilen Sie insbesondere auch das Problem des Zugangs von Frauen zur IuK-Technologie und der Veränderung ihrer Stellung in der Informationsgesellschaft?

Die Sicherung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an der Informationsgesellschaft hat die Bundesregierung als Ziel in ihrem Aktionsprogramm „Innovations- und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“ formuliert. Die Ausgangssituation und die gesetzten Zielmarken zum Anteil der Frauen zeigt folgende Übersicht:

<b>Bereich</b>	<b>1999</b>	<b>Ziel 2005</b>
Internet-Beteiligung	30%	50%
Ausbildungsplätze in IT- und Medienberufen	25,3%	40%
Studienanfänger in Informatikstudiengängen	16,4%	40%
Existenzgründungen	30%	40%

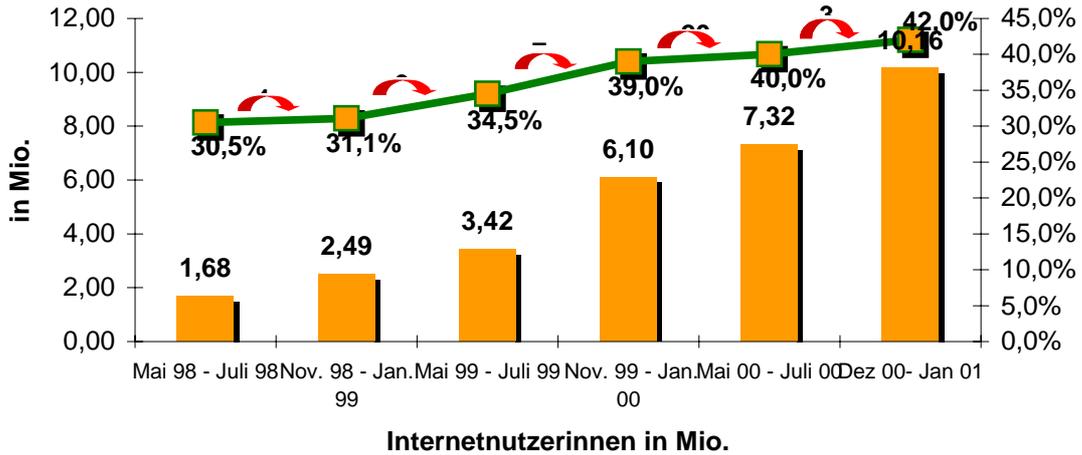
Beim Anteil der Frauen an der Internetgemeinde sind zwischenzeitlich deutliche Fortschritte zu verzeichnen.

Je nach Studie werden Anteile zwischen 31 % (W3B) und 42 % (GfK) genannt. Unterschiede erklären sich durch die unterschiedlichen Befragungsmethoden und Zielgruppen. Während die W3B-Studie online erfolgt, und damit eher eine Gruppe erfahrenerer Internetnutzer und Internetnutzerinnen anspricht, sind bei

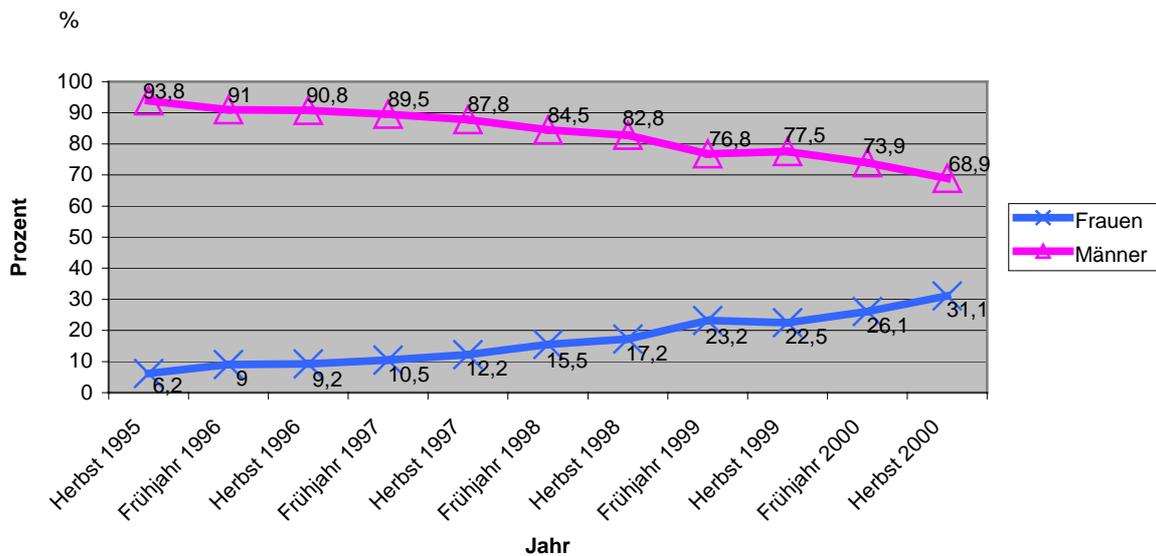
den per Telefon durch GfK Befragten auch „Gelegenheitssurfer“ mit erfasst. Ein klare Anstieg des Frauenanteil ist aber bei allen Studien deutlich zu sehen.

### GfK Online-Monitor Entwicklung der Internetbeteiligung von Frauen in Deutschland 1998 bis 2001

#### Steigerung des Frauenanteils in Prozent



### W3B-Untersuchung Anteil Frauen / Männer im Internet 1995 - 2000



Im Vergleich zu anderen Ländern hat Deutschland bei der Teilhabe von Frauen an der Informationsgesellschaft trotz der insgesamt spürbaren Aufbruchsituation in einzelnen Bereichen noch Nachholbedarf. So liegt die Beteiligung von Frauen

in mathematischen und informationstechnischen Berufen in Portugal und Italien bei fast 59%, in Spanien, Irland, Italien und Frankreich immerhin schon bei 50% (Quelle: ETAN-Bericht 2000).

Betrachtet man die Zahlen seit 1994, so steigt auch in Deutschland der Frauenanteil in diesen Fächergruppen an, dennoch ist er nach wie vor zu gering.

Vergleich der Studienanfängerinnen in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern für die Jahre 1994 und 1999:

Fächergruppe	Frauenanteile [Prozent]	
	1994	1999
Mathematik/Naturwissenschaften	37	39
Mathematik	46	54
Informatik	11	17

Quelle: Statistisches Bundesamt

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat eine Vielzahl von Projekten initiiert, die den Anteil von Frauen in den genannten Bereichen weiter und nachhaltig erhöhen sollen. Hierzu gehören:

- „Frauen ans Netz“: Diese Gemeinschaftsinitiative von BMBF, Bundesanstalt für Arbeit, Deutscher Telekom AG, Zeitschrift Brigitte trug wesentlich zur Steigerung des Frauenanteils an den Internetnutzern bei. Kostenlose InternetEinstiegskurse wurden angeboten. Seit Beginn der Aktion 1998 nahmen mehr als 70.000 Frauen an den Angeboten der Initiative teil.
- Be-Ing, [www.be-ing.de](http://www.be-ing.de): Im Dezember 1999 startete das BMBF die Informationskampagne für Ingenieurinnen „Be. Ing – In Zukunft mit Frauen“, die Frauen aufrief mehr als bisher Ingenieur- und Informatikstudiengänge zu ergreifen und Vorbilder und innovative Studiengänge demonstrierte.
- Do-Ing, [www.do-ing.rwth.aachen.de](http://www.do-ing.rwth.aachen.de) setzt sich zum Ziel, Schülerinnen bereits während ihrer Schulzeit für naturwissenschaftliche Fächer zu gewinnen und sie im Studium an einer großen technischen Hochschule zu unterstützen.

- [www.girls-d21.de](http://www.girls-d21.de) ist eine Initiative, die Schülerinnen in einem Praktikum die Möglichkeit bietet, einen Einblick in den Alltag einer IT-Expertin zu bekommen.
- Bei [www.train-the-teacher-d21.de](http://www.train-the-teacher-d21.de) lernen Informatiklehrerinnen die Praxis und neue Arbeitsformen im IT-Bereich kennen, indem sie IT-Entwicklerinnen in ihrem Berufsalltag begleiten.
- „Be-IT“, [www.werde-informatikerin.de](http://www.werde-informatikerin.de) ist eine bundesweite Kampagne, die nach dem Muster der Ingenieurinnen-Kampagne ab 2001 für eine Werben zur Aufnahme eines Informatikstudiums gestartet wird.
- [www.it-ausbilderinnen.de](http://www.it-ausbilderinnen.de) soll Frauen, die bereits in der Informations- und Kommunikationstechnologie arbeiten, als Ausbilderinnen in der IT-Branche qualifizieren.
- [www.kompetenz.de](http://www.kompetenz.de) ist die web-Adresse des Kompetenzzentrums „Frauen in der Informationsgesellschaft und Technologie“ an der Fachhochschule Bielefeld. Es koordiniert bundesweit Maßnahmen zur Chancengleichheit in Bildung, Ausbildung, Beruf, Wissenschaft und Forschung und die Bildung von Expertinnennetzen zu verschiedenen Schwerpunkten, u.a. im IT-Bereich. Es informiert über die laufenden Projekte und berät Hochschulen bei der Einrichtung neuer Studiengänge.
- [www.muffin21.de](http://www.muffin21.de) ist ein Mentoring-Projekt, welches den Arbeitsplatz Forschung für Nachwuchswissenschaftlerinnen attraktiv machen und mehr Frauen für Informatikstudiengänge gewinnen soll.
- [www.fh-bremen.de](http://www.fh-bremen.de) ist ein internationaler Frauenstudiengang Informatik an der FH Bremen, der speziell auf die Bedürfnisse von Frauen zugeschnitten ist.